



Kantonsratssitzung 8. Mai 2023 **Traktandum**
Volksinitiative Starke Ausserrhoder Gemeinden

Geschäftsnummer 2000.265

Eintretensvotum SP-Fraktion

Fraktionssprecherin Martina Jucker, Herisau

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrter Herr Landammann, geschätzte Herren Regierungsräte
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kantonsrat

Heute haben wir die Aufgabe, die Weichen für eine Volksabstimmung zu stellen, an der die Bevölkerung einer der wohl wichtigsten Entscheide zur Zukunft unseres Kantons fällen wird. Es geht um die Frage, wie die Voraussetzungen angelegt werden, damit Gemeinden ihre Verwaltungen und Organisationen zusammenlegen können, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Es stehen grob gesagt zwei Varianten zur Verfügung:

Variante 1: Einzelne Gemeinde können nach Bedarf mit einer oder mehreren anderen Gemeinden fusionieren. Diese Variante möglich macht die Volksinitiative bzw der Eventualvorschlag.

Variante 2: Der ganze Kanton macht sich gemeinsam auf den Weg in die Zukunft mit einer vorher durchdachten Gesamtstrukturreform. Diese Variante umschreibt den Gegenvorschlag der Regierung.

Für die SP-Fraktion ist es wichtig, dass die Stimmberechtigten in dieser wichtigen Frage eine echte Auswahl erhalten. Es ist für die SP-Fraktion aber auch ganz klar, dass sie sich für den Gegenvorschlag der Regierung und somit für eine Gesamtstrukturreform ausspricht.

Wenn es um Gemeindestrukturen geht ist für die breite Öffentlichkeit am besten wahrnehmbar das Problem, dass es in vielen Gemeinden seit Jahren schwierig bis unmöglich geworden ist, Kandidierende zu finden, die sich für den Gemeinderat oder die Geschäftsprüfungskommission zur Verfügung stellen. Oft stehen auch nur gerade so viele Kandidierende zur Wahl wie es vakante Sitze gibt. Das ist aus demokratischer Sicht problematisch.

Von aussen weniger sichtbar ist die Realität, dass immer mehr Gemeinden Mühe haben, zunehmend komplexe Aufgaben in der geforderten Qualität zu bewältigen. Mit Fusionen wird es möglich sein, den gestiegenen Anforderungen an eine Gemeindeverwaltung gerecht zu werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt wird diese Problematik dadurch umgangen, dass Gemeinden in verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten. Allerdings ist allein die Unübersichtlichkeit oder Unwissenheit über die interkommunale Zusammenarbeit in den Gemeinden selbst – wie wir es im BuA der Regierung lesen können - ein klares Indiz, dass diese Zusammenarbeit ausgereizt ist. Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass bei Zweckverbänden und anderen vertraglichen Zusammenschlüssen die Bevölkerung kaum etwas zu sagen hat. Das

Öffentlichkeitsprinzip wird nicht gelebt, es herrscht mangelnde Transparenz und fehlende demokratische Kontrolle. Somit ist eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit ohne Fusionen nicht zweckführend.

Unkoordinierte Fusionen zwischen einzelnen Gemeinden werden den Kanton als ganzes aber nicht weiterbringen. Im Gegenteil, die Spannweite zwischen den Gewinnern und den Verlierern wird grösser werden. Die Ungerechtigkeit in der Frage, wer wieviel Leistung für wie viele Steuerfranken kriegt, wird steigen.

Wird aber wie im Gegenvorschlag der Regierung vorgesehen in einer breiten und öffentlichen Debatte geklärt, welche Form von Fusionen das Beste für den ganzen Kanton sein wird, werden wir alle gewinnen – in dem wir einen starken und zukunftsfähigen Kanton schaffen.

Diese Debatte wird aber nicht jetzt geführt. Ob drei, vier oder fünf Gemeinden das Beste für den Kanton sind und wie diese neuen Gemeinden zusammengesetzt werden sollen, würde bei einer Annahme des Gegenvorschlags in einem nächsten Schritt bei der Erstellung des Gesetzes entschieden. Indem wir dem Gegenvorschlag der Regierung zustimmen, schaffen wir aber die Voraussetzung dafür, dass wir alle weiterhin an dem Prozess beteiligt sein werden.

Bei der kommenden Abstimmung stimmt die stimmberechtigte Bevölkerung also zuerst einmal über die Änderung in der Verfassung ab. Das ist der erste Schritt in einem langen Weg. Nebst der Frage nach der Ausgestaltung der zukünftigen Gemeinden sind auch verschiedene andere konkreten Fragen beim Gegenvorschlag der Regierung noch nicht geklärt. Auch diese werden in den nächsten Schritten entschieden und zu mehreren Fragen wird die Bevölkerung wieder abstimmen können. Das ganze Prozedere ist also ein durch und durch demokratisches Vorgehen, bei dem die Bevölkerung in verschiedenen Phasen immer wieder mitreden kann.

Für das heutige Geschäft hat der Regierungsrat dem Kantonsrat umfangreiche Unterlagen vorbereitet, viele Fragen geklärt und das weitere Vorgehen sehr gut aufgezeigt. Für diese umfangreichen und gut aufgearbeiteten Informationen einen grossen Dank.

Nun muss in die Kommunikation investiert werden, damit diese Informationen auch die Bevölkerung erreichen. Wir können uns nur gemeinsam auf den Weg machen und dafür ist es entscheidend, dass alle über das nötige Hintergrundwissen verfügen und jede und jeder sich seine eigene Meinung bilden kann.

Ein ebenso zentraler Punkt wird der Einbezug und die Information, Betreuung und Unterstützung der Mitarbeitenden in den Gemeindeverwaltungen sein. Sie werden eine wichtige Rolle übernehmen im Ablauf einer Fusion. Gleichzeitig müssen sie sich mit dem Wissen für eine neue Struktur einsetzen, dass ihr bisherige Position gefährdet sein kann. Deshalb ist es zwingend, dass von Anfang an ein grosses Augenmerk auf die Menschen gelegt wird und ihre Anliegen wahrgenommen werden.

Die SP-Fraktion bedankt sich bei allen Involvierten für die bereits geleistete Arbeit und den Einsatz für einen zukunftsfähigen Kanton Appenzell Ausserrhoden.